

Aarau, 7. Dezember 2017

Gemeinsame Medienmitteilung von ArbeitAargau und dem Aarg. Gewerkschaftsbund zum Stellenabbau von General Electric (GE) in Baden, Birr und Oberentfelden

## Schwarzer Tag für den Industriestandort

**ArbeitAargau und der Aarg. Gewerkschaftsbund solidarisieren sich mit den Angestellten von General Electric und wird diese im Kampf um ihre Arbeitsplätze unterstützen. Die Massenentlassung entspringt keiner wirtschaftlichen Notwendigkeit, denn der Konzern und die Energiesparte schreiben Gewinn. Vom Bund wird eine aktive Industriepolitik für den Standort Aargau gefordert.**

### Profitgier wird verurteilt

Die Angestellten der General Electric (GE) im Aargau haben kurz vor Weihnachten nun die Gewissheit: 1'400 Stellen werden in Baden abgebaut. Dies entspricht knapp jedem dritten Angestellten des Konzerns im Aargau und ist der dritte Personalabbau innert weniger als zwei Jahren.

Es gibt keinerlei Anzeichen, dass der Stellenabbau einer wirtschaftlichen Notwendigkeit entspringt: Das Unternehmen schreibt Gewinn, es werden Dividenden in Millionenhöhe ausgerichtet und der Umsatz pro Mitarbeitenden nimmt zu. Scheinbar steigt auch der Gewinnbeitrag der Stromsparte (ehemals „Alstom“) der hauptsächlich an den Aargauer Standorten erwirtschaftet wird.

Florian Vock, Präsident AGB: «General Electric sind die Dividendengewinne für Aktionäre wichtiger als die Weiterentwicklung des Unternehmens. Für reine Profitmaximierung lässt er Angestellte im Regen stehen. Ein solches Verhalten ist scharf zu verurteilen und wird von den Gewerkschaften bekämpft.»

### Deindustrialisierung im Aargau stoppen

Obwohl die Aargauer Standorte in Oberentfelden und Birr erhalten bleiben, ist die angekündigte Massenentlassung ein harter Schlag für den Industriestandort Aargau. Irritierend insbesondere, dass der Stellenabbau in den Bereichen Engineering, Forschung und Entwicklung stattfindet. Offensichtlich ist es Bundesrat Johann Schneider-Ammann beim Treffen in Atlanta im Oktober nicht gelungen die Nähe der Forschungsstätten (PSI, ETH, Empa etc.) und die Hightech-Strategie als Standortvorteil für den Aargau zu vermitteln. Es ist dringend notwendig, dass der Bund eine Strategie für eine Industriepolitik aufbaut und aktiv kommuniziert. Sonst wird der Kanton Aargau auch weiterhin abhängig sein von internationalen Konzernen, bei denen einzig der Profit im Vordergrund steht. Dies hätte wiederum schwere Folgen für nachgelagerte KMU, den sogenannten Zulieferbetrieben, die das Rückgrat des Arbeitsmarkts im Aargau bilden.

Irène Kälin, Präsidentin ArbeitAargau: «Es braucht jetzt eine Strategie des Bundes für eine Industriepolitik und keine schönen Worte über die zu pflegenden Rahmenbedingungen. Bundesrat Schneider-Ammann ist jetzt in der Pflicht: Er darf den Industriestandort Aargau nicht im Stich lassen»<sup>i</sup>

### Bei Fragen stehen Ihnen zur Verfügung:

Irène Kälin, Präsidentin ArbeitAargau, Nationalrätin, T. 077 428 43 06, praesidium@arbeitsaargau.ch  
Florian Vock, Präsident AGB, Grossrat, T. 079 650 53 08, florianvock@agb.ch

<sup>i</sup> <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20175565>